

Bundesministerium für Verfassung, Reformen,
Deregulierung und Justiz –Verfassungsdienst
Museumstraße 7
1070 Wien

per E-Mail

Geschäftszahl: BMBWF-14.362/0002-Präs/9/2019

Ihr Zeichen: BMVRDJ-601.468/0005-V 1/2019

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz 1991 und das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz geändert werden; Ressortstellungnahme

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung nimmt Bezug auf das
do. Schreiben vom 8. Juli 2019, dankt für die Übermittlung des Entwurfes eines
Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz 1991 und das
Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz geändert werden, und nimmt wie folgt Stellung:

Zu Artikel 1 (Änderung des Verwaltungsstrafgesetzes 1991), Z 10 des Entwurfs (V. Teil –
Jugendstrafsachen):

Zu der in § 63 Verwaltungsstrafgesetz 1991 vorgesehenen Möglichkeit der Beiziehung einer
Vertrauensperson wird angeregt, zur Beiziehung von Lehrkräften bzw. Erzieherinnen und
Erziehern an geeigneter Stelle klarzustellen, dass diese nicht verpflichtet sind, an diesen
Vernehmungen teilzunehmen.

Eine Kopie dieser Stellungnahme wird dem Präsidium des Nationalrates in elektronischer
Form zur Verfügung gestellt.

Wien, 13. August 2019

Für die Bundesministerin:

i.V. Mag.^a Simone Gartner-Springer

Elektronisch gefertigt

